

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Refugees welcome!
Für eine menschenwürdige Asyl- und Flüchtlingspolitik im Land Bremen

Forderungen:

zur Erstunterbringung von Flüchtlingen

- ZASt in Habenhausen in dieser Form so schnell wie möglich schließen
- Essensangebot verbessern, d. h. gesundheitliche und kulturelle Bedürfnisse berücksichtigen und eigene Versorgung ermöglichen
- Privatsphäre: Strikte Achtung der Privatsphäre der Bewohnerinnen/Bewohner, vor allem seitens des Hausmeisters und des Wachpersonals
- Ausweitung der Stellen für Sozialarbeiterinnen/Sozialarbeiter - An individuellen Bedarf anpassen und das quantitative Betreuungsverhältnis verbessern
- Ausweitung der ärztlichen Versorgung - mehr Sprechstunden und Kooperationen mit Arztpraxen
- Ausweitung der juristische Beratung ermöglichen – Allen muss eine professionelle Beratung und Betreuung im Asylverfahren ermöglicht werden

zur anschließenden Unterbringung von Flüchtlingen

- 3-Monats-Regelung der Erstunterbringung einhalten
- Flüchtlingen so schnell es geht eigene Wohnungen zur Verfügung stellen
- Keine Sammelunterkünfte und keine mobilen Unterkünfte oder Zeltstädte

zur Medizinischen Versorgung von Flüchtlingen:

- Die medizinische Versorgung von Flüchtlingen ausweiten und an den Standard der restlichen Bevölkerung anpassen.
- Psychologische und psychiatrische Behandlungen müssen auch für Flüchtlinge von den Krankenkassen übernommen werden

zur Bildung/Ausbildung von Flüchtlingen:

- Recht auf qualifizierte Deutschkurse sowohl für erwachsene als auch für minderjährige Flüchtlinge einführen
- Minderjährige Flüchtlinge in Regelschulen unterbringen
- Bildungsbehörde muss stadtteilorientiert und vorausschauend Schulkontingente für Flüchtlinge bereithalten. Das Angebot muss sich nach den Menschen richten, nicht umgekehrt!

- Einstellung interkulturell geschulter Sozialpädagoginnen/Sozialpädagogen etc. in Schulen für Zusammenarbeit mit minderjährigen Flüchtlingen
- Kita-Anspruch auch für Kinder von Asylbewerberinnen/Asylbewerbern umsetzen
- Rechtliche Hürden bei der Ausbildungssuche von jungen Flüchtlingen abbauen

zum Asylrecht:

- Umgehende und konsequente Abschaffung der Abschiebehaft im Land Bremen
- Grundrecht auf Asyl als wirkliches Grundrecht wieder einführen
- Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen, Lebensstandard auf Grundsicherung anheben

Begründung:

Flüchtlingspolitik in Europa und Deutschland in der Kritik

Anfang Oktober diesen Jahres ist vor der italienischen Insel Lampedusa ein völlig überladenes Schlepperboot gekentert und mehr als 200 Flüchtlinge sind dabei umgekommen. Aufgrund der Dramatik des Ereignisses rückt die Flüchtlingspolitik aktuell in den Fokus der Öffentlichkeit und illustriert, was sich seit Jahren tagtäglich ohne Zuwendung der Öffentlichkeit an europäischen Grenzen abspielt. Wenn auch die innereuropäischen Grenzen mancherorts kaum spürbar sind und gerade für uns junge Europäerinnen/Europäer an Bedeutung verlieren, schottet sich die Festung Europa nach außen hin zunehmend ab. Ein Flickenteppich an unterschiedlichen Asylgesetzmaßigkeiten, eine Überforderung der Mitgliedsstaaten, in denen der Erstkontakt der Flüchtlinge mit der EU stattfindet, und eine gezielte und möglichst effektive Abwehr von Flüchtlingen machen die Suche nach Asyl in der EU zu einem komplizierten und gefährlichen Unterfangen. Gleichzeitig fördert die EU durch die aggressive Abschottungspolitik unter der aktuellen weltweiten sicherheitspolitischen Lage insbesondere in Syrien und den nicht versiegenden Flüchtlingsströmen aus Afrika, dem Nahen Osten und anderen Teilen der Welt einen Markt für professionelle Schlepperbanden. Insgesamt ist die gemeinsame europäische Grenz- und Flüchtlingspolitik gescheitert. Ohne eine umfassende Änderung der herrschenden Politik werden sich daher Ereignisse wie vor Lampedusa auch in der Zukunft wiederholen.

Auch in Deutschland steht die Flüchtlingspolitik derzeit im Fokus der Öffentlichkeit. Während in Berlin-Hellersdorf ein aggressiver Mob aus Wutbürgerinnen/Wutbürger und Neonazis Asylbewerberinnen/Asylbewerber bedroht hat, werden andernorts die Bedingungen der Unterbringung durch die Behörden aktiv verschlechtert, damit es unattraktiv wird, dort Asyl zu beantragen – das ist zynisch und menschenverachtend. Menschen, die bei uns aufgrund von Armut, Krieg, Vertreibung und Verfolgung Schutz, Zuflucht und Asyl suchen, werden teilweise in menschenunwürdigen Verhältnissen untergebracht und über Jahre im Duldungsstatus gehalten. Erst das Bundesverfassungsgericht hat 2012 festgestellt, dass die monetären Zuwendungen des Staates an die Asylsuchenden, die seit 1993 nicht angepasst wurden und daher unterhalb des

Hartz 4 Niveaus liegen, gegen die Menschenwürde verstoßen. Insgesamt stoßen die Flüchtlinge, die es auf den gefährlichen und komplizierten Wegen oder über Abkommen bis nach Deutschland schaffen, hier zum einen auf eine rigide Asylgesetzgebung und -verwaltung und zum anderen auch auf menschenverachtende gesellschaftliche Zustände.

Aktuell steht auch die Flüchtlingspolitik in Bremen in der Kritik. Im Folgenden zeichnen wir unser Bild der aktuellen Lage in Bremen im Spiegel der aktuellen Ereignisse und argumentieren die notwendigen Schritte zu einer menschenwürdigen und der Situation angepassten Flüchtlingspolitik in Bremen.

Situation von Flüchtlingen in Bremen

Zentrale Aufnahmestellen (ZASt) haben den Zweck Flüchtlinge aufzunehmen, sobald sie in Deutschland angekommen sind. Mit diesen Zwangsunterbringungen gehen jedoch oftmals einige Probleme einher. So verdienen die Betreiberinnen/Betreiber einiger Einrichtungen daran, den Flüchtlingen so wenig Komfort wie möglich zu bieten, was in vielen Aufnahmestellen dazu führt, dass gesetzliche Mindeststandards konsequent unterlaufen werden. Der enorme Einsparungsdruck unter dem die Betreiber stehen geht wiederum ausschließlich zu Lasten der Asylsuchenden.

Die ZASt in Bremen-Habenhausen wurde jüngst in diesen Punkten durch die Betroffenen und verschiedene Vertretungsgruppen abermals kritisiert. Nach Angaben der Betroffenen und unabhängigen Dritten sind die hygienischen Zustände miserabel und sowohl die ärztliche Versorgung als auch die juristische Betreuung nicht ausreichend. Darüber hinaus ist das Essensangebot zu einseitig und orientiert sich in keiner Weise an den individuellen gesundheitlichen oder auch kulturellen Bedürfnissen der Bewohnerinnen/Bewohner. Dieser Zustand wird durch eine starke Überbelegung der Einrichtung noch verstärkt. Unter diesen Umständen schließen wir uns daher der Flüchtlingsinitiative Bremen, dem Flüchtlingsrat Bremen und dem ANTIRA-Plenum Bremen an und fordern eine Schließung der ZASt in dieser Form und fordern, Angebote einzurichten, die sich mindestens an Mindeststandards für Hygiene, Gesundheit und Ernährung orientieren. Die Politik muss den Asylsuchenden eine menschenwürdige Unterbringung sowohl in der Erstaufnahme als auch später in Form von eigenen Wohnungen ermöglichen und darf nicht durch ein systematisches Unterlaufen der selbstgesetzten Mindeststandards die Situation der Menschen verschlechtern und so die Aufnahmequoten künstlich reduzieren.

In Bremen wurde 2012 die verpflichtende Regelzeit in der Erstunterbringung von 12 auf 3 Monate reduziert. Ein wichtiger Schritt zu einem selbstbestimmten Leben der Flüchtlinge. Dennoch müssen auf dem enorm angespannten Wohnungsmarkt in Bremen für Flüchtlinge weiterhin direkte Unterbringungslösungen gefunden werden. Das Ziel muss es sein, dass die Flüchtlinge eigene Wohnungen zur Verfügung gestellt bekommen. Zentrale Wohnheime oder Übergangswohnheime sind keine Lösung des Problems. Diese Form der Unterbringung ist unwürdig und liefert durch die räumliche Konzentration den Nährboden für rassistische Aggression in Form von Neonaziaktivitäten als auch gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit der sogenannten Mitte der Gesell-

schaft. Für uns ist klar: Progomartige Vorfälle wie Anfang der 90er in Rostock-Lichtenhagen dürfen sich niemals wieder wiederholen. Manche Vorschläge zur Lösung des Unterbringungsproblems gerade aus dem Sozialressort, bspw. Zeltstädte am Uni-See, sind blind für diese gesellschaftlichen Zustände, die sich immer wieder an den Asylsuchenden entladen können und werden, wenn keine Lösungen entwickelt werden, die diesen Verhältnissen Rechnung tragen.

Des Weiteren hat die verantwortliche Sozialbehörde die Ortsbeiräte in Vegesack und Gröpelingen mit den Beschlüssen zum Bau von Flüchtlingsunterkünften vor vollendete Tatsachen gestellt. Statt mittels partizipativer Verfahren und einem koordinierten gemeinsamen Prozess zwischen Sozialressort und den Beiräten im Vorfeld größtmögliche Zustimmung zu erreichen, haben die Verantwortlichen unter Beweis gestellt, dass sie das Problem unterschätzt haben und mangelnde Sensibilität für den schwelenden und offenen Rassismus und die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in unserer Gesellschaft in Bezug auf die Unterbringung von Flüchtlingen mitbringen. An dieser Stelle müssen wir als Jusos und als SPD in Bremen Verantwortung übernehmen, diesen Mangel in der von den Grünen geführten Sozialbehörde ausgleichen und deutlich machen, für welche Politik wir stehen!

Wir müssen breite gesellschaftliche Mehrheiten über die politischen Lager hinweg für eine menschenwürdige Flüchtlings- und Asylpolitik organisieren, rassistischen Mobs und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenzutreten und gleichzeitig Kommunikation zwischen den Anwohnerinnen/Anwohnern, den Flüchtlingen und den Verantwortlichen etablieren, die es ermöglicht, dass es nicht wieder zu einer Eskalation wie in Vegesack kommen kann. Auch Argumentationen, die auf Scheinkorrelationen beruhen, wie z.B. ein erhöhtes Müllaufkommen oder höhere Kriminalitätsraten, müssen entlarvt werden. Rassistischen Aussagen, die diese und andere "Misstände" auf das vermeintliche Wesen der Asylbewerberinnen/Asylbewerber zurückführen, muss von unserer Seite offensiv entgegengetreten werden. Vor allem muss klar sein: Eine weitere Verschärfung des Asylrechts darf es auf keinen Fall unter sozialdemokratischer Beteiligung geben. Ebenso darf sich die SPD auf keiner Ebene in einen vermeintlichen Konsens ziehen lassen, der letzten Endes auf ein rassistisches "Das wird man ja wohl noch sagen dürfen!" hinausläuft, oder gar durch das Einbringen von entsprechenden Argumenten Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in die Diskussion einbringen. Rassistische Positionen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit müssen konsequent isoliert werden, genau wie die Menschen, die diese bewusst streuen.

Medizinische Versorgung

Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt ist die medizinische Versorgung von Flüchtlingen in Bremen gut. Besonders lobend hervorzuheben ist, dass Asylbewerberinnen/Asylbewerber relativ schnell eine Krankenversicherungskarte bekommen. Mit dieser können sie akute Schmerzzustände behandeln lassen. Doch weiter geht die medizinische Versorgung auch in Bremen nicht. Präventive medizinische Maßnahmen und vorbeugende Untersuchungen sind für Flüchtlinge nicht vorgesehen. Dadurch werden Asylbewerberinnen/Asylbewerber zu Menschen zweiter Klasse, denen nicht

die gleichen Privilegien wie dem Rest der deutschen Gesellschaft zustehen. Das ist inakzeptabel. Die Gesundheitsversorgung muss auch für Asylbewerberinnen/Asylbewerber auf den in Deutschland für alle anderen Menschen geltenden Standard ausgeweitet werden.

Das gilt auch für die psychologisch-psychiatrische Behandlung von Flüchtlingen. Diese ist bisher überhaupt nicht vorgesehen, obwohl Flüchtlinge aufgrund ihrer Erfahrungen im Heimatland, auf der Flucht und sogar während des Asylverfahrens im Fluchtland ein erhöhtes Risiko haben, eine psychische Krankheit davonzutragen. Gerade die Posttraumatische Belastungsstörung ist unter den Asylbewerberinnen/Asylbewerber stark verbreitet.

Es muss sich dafür eingesetzt werden, dass Therapien diagnostizierter psychischer Krankheiten in Zukunft auch für Asylbewerberinnen/Asylbewerber von den Krankenkassen übernommen werden und nicht mehr ehrenamtlich bzw. auf Spendenbasis von Institutionen wie z.B. Refugio in Bremen übernommen werden müssen.

Bildung/Ausbildung

Die in Deutschland bestehende Schulpflicht gilt auch für minderjährige Flüchtlinge. Zunächst jedoch werden diese in Vorkurse gesteckt, die nur an wenigen Schulen in Bremen angeboten werden. In diesen Vorkursen besteht keine klassische Schulsituation. Die Kinder und Jugendlichen sollen vorrangig die deutsche Sprache erlernen, der "Unterricht" ist meist nach klassischen Rollenbildern aufgeteilt in Handwerk und Haushalt. Für sehr viele Kinder und Jugendliche werden diese Vorkurse zur Dauerlösung, auch weil davon ausgegangen wird, dass es sowieso nicht lohnt, sie in einer Regelschule unterzubringen, da sie wahrscheinlich in absehbarer Zeit abgeschoben werden. Dieses Vorgehen verstößt in elementarer Weise gegen den in der Bremer Bildungspolitik propagierten Gedanken der Inklusion.

Sicherlich ist es sinnvoll, die Kinder und Jugendlichen zunächst sprachlich zu schulen, bevor sie in den Regelschulalltag entlassen werden. Dies kann aber viel konsequenter erreicht werden, wenn sie über einige Monate einen qualifizierten Sprachkurs besuchen. Darauf besteht allerdings für Asylbewerberinnen/Asylbewerber kein Anspruch - weder für Minderjährige noch für Erwachsene. Dieser Zustand muss dringend verändert werden.

Danach müssen minderjährige Flüchtlinge auf Regelschulen kommen. Um weite Schulwege zu vermeiden, müssen die Regelschulen in der Nähe des Wohnortes sein. Gleichzeitig ist der Grundsatz der sozialen Durchmischung zu beachten. Die Bildungsbehörde muss aber nicht nur stadtteilorientiert, sondern auch vorausschauend vorgehen. Anstatt wie bisher nur auf akuten Bedarf zu reagieren, muss sie schon bei Prognosen aktiv werden und entsprechende Kontingente bereithalten. Denn die Angebote müssen sich nach den Menschen in dieser prekären Lebenssituation richten, nicht umgekehrt! Auch hier ist die ZAST ein Hindernis: da die Flüchtlinge dort mindestens drei Monate untergebracht sind und dann umziehen, ist es unmöglich, schnell einzuschätzen, wo sich die Regelschule befindet, die am nächsten am Wohnort liegt.

In den Vorkursen "unterrichten" z. Zt. ausschließlich normal ausgebildete Lehrerinnen/Lehrer bzw. Berufsschullehrerinnen/Berufsschullehrer. Es ist zwingend notwendig, dass mit den minderjährigen Flüchtlingen auch Sozialpädagoginnen/Sozialpädagogen und weitere arbeiten, die speziell interkulturell geschult sind. Dies gilt sowohl für die aktuell gegebene Beschulung in den Vorkursen als auch für die wünschenswerte in Regelschulen.

Doch die Bildung von minderjährigen bzw. jungen Flüchtlingen muss auch außerhalb der Schule verbessert werden, z.B. muss der Kita-Anspruch auch für Flüchtlinge umgesetzt werden. Auch das erfordert eine weitsichtige Planung und das Bereithalten ausreichender Kontingente seitens des Landes Bremen.

Des Weiteren müssen rechtliche Hürden, die bei der Ausbildungssuche von jungen Flüchtlingen bestehen, abgebaut werden, damit auch sie die Möglichkeit bekommen, sich beruflich zu entfalten und nicht in jungen Jahren Steine in den Weg gelegt bekommen.

Asylrecht

Wenn das Asyl einer Bewerberin/eines Bewerbers abgelehnt wurde und angeblich Fluchtgefahr besteht, kann eine Person in Abschiebehaft genommen werden. Dieser Freiheitsentzug wird demnach nicht als Reaktion auf ein Verbrechen durchgesetzt, sondern als vorbeugende Maßnahme. Dies darf in einem demokratischen Rechtsstaat nicht möglich sein. Die Abschiebehaft muss deshalb umgehend abgeschafft werden. Das Land Bremen hat hier erste Schritte unternommen, die Abschaffung der Abschiebegefängnisse muss nun aber schnell erfolgen. Ebenso ist darauf zu achten, dass es kein Unterlaufen der neuen Regelung gibt, wie z.B. in anderen Bundesländern, wo Abschiebegefängnisse geschlossen wurden und die Flüchtlinge stattdessen in der regulären Justizvollzugsanstalt untergebracht werden.

Anders als Anfang der 90er Jahre muss die SPD eine progressive, humane und solidarische Politik auf Bundesebene verfolgen. Die "Das Boot ist voll"-Ideologie, die damals und auch heute noch von großen Teilen der Gesellschaft geteilt wird, darf nicht länger von der Sozialdemokratie propagiert oder protegert werden. Stattdessen muss sich die Partei dafür einsetzen, dass bspw. das Grundrecht auf Asyl wieder ein wirkliches Grundrecht wird. Es darf nicht sein, dass Flüchtlinge, die in ihren Heimatländern unter qualvollen Bedingungen leben mussten und teilweise ihr Leben auf der Reise nach Deutschland riskiert haben, dann auch noch einem menschenunwürdigen Asylverfahren unterzogen werden. Es muss gelten: Wer bleiben will, sollte das auch können! Solange eine solche Veränderung noch nicht möglich ist, muss sich die SPD dafür einsetzen, dass das Asylbewerberleistungsgesetz abgeschafft wird und der Lebensstandard von Asylbewerberinnen/Asylbewerbern komplett auf den Standard der Grundsicherung angehoben wird, damit ihnen in der Zeit des Asylverfahrens ein einigermaßen menschenwürdiges Leben möglich ist.

Überwiesen an den Unterbezirksvorstand/an das Forum Sozialpolitik zur Erarbeitung eines Antrages für den nächsten Parteitag.